

ERDERWÄRMUNG

## G20-Staaten verfehlen Klimavorgaben

**Experten schlagen Alarm: Der klimafreundliche Umbau der Weltwirtschaft ist zu langsam. Dabei gehen die klimabedingten Schäden längst in die Milliarden.**

Silke Kersting Berlin

Die gute Nachricht vorweg: Wohl noch nie beschäftigten sich so viele Volkswirtschaften weltweit mit Klimaschutz, um die Erderwärmung zu bremsen. Deutschland diskutiert seit Monaten über den richtigen Kurs in der Klimapolitik, die Weichen für das erste Klimaschutzgesetz des Landes sind gestellt.

Nur: Das Engagement reicht nicht aus, die Wirtschaft national und auch international auf einen klimafreundlichen Pfad zu bringen. Besonders problematisch ist die fehlende Dynamik in den G20-Staaten, den stärksten Volkswirtschaften der Welt. Die Gruppe steht für 80 Prozent der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen. Ihr Kurs beim Klimaschutz ist also von größter Bedeutung.

/// Ernüchternde Bilanz //

Wie rückständig diese Staaten immer noch sind, demonstriert jetzt ein weiteres Mal der sogenannte "Brown-to-Green-Report" der Internationalen Initiative "Climate Transparency", der an diesem Montag veröffentlicht wird. Seit 2015 legen 14 Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen einmal jährlich einen umfassenden Überblick über Klimaschutz in den G20-Ländern vor.

Die Bilanz ist ernüchternd: Kein einziges G20-Land befindet sich auf einem Kurs, der es ermöglicht, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen - so wie es das Pariser Klimaabkommen vorsieht, auf das sich Ende 2015 mehr als 190 Länder geeinigt hatten. Zusammengerechnet steigen die Emissionen der 20 größten Volkswirtschaften weiterhin. 2018 lag das Plus bei 1,8 Prozent. Die Welt bewegt sich derzeit nach Einschätzung der Wissenschaft auf eine Erwärmung von drei Grad zu.

Einer der größten Problembereiche weltweit für das Klima ist laut Report der Gebäudesektor. Emissionen entstehen hier vor allem für den Betrieb von Heizungen und die Bereitstellung von Warmwasser. Die Emissionen stiegen G20-weit 2018 in keinem anderen Sektor so stark: um 4,1 Prozent. Auch in Deutschland gehören Gebäude zu den Negativbeispielen. Mit Pro-Kopf-Emissionen von mehr als drei Tonnen CO<sub>2</sub> liegt Deutschland rund 50 Prozent über dem EU-Durchschnitt und doppelt so hoch wie der G20-Durchschnitt. Bei der Sanierung des Gebäudebestands müsste das Tempo vervielfacht werden, um auf einen wirklich klimafreundlichen Kurs zu kommen, konstatiert die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch, Teil der internationalen Autorengruppe.

Das deutsche Klimapaket, das durch Verbesserungen der Investitionsbedingungen die Sanierungsrate steigern soll, hält Germanwatch für nicht ausreichend. Wohneigentümer sollen bei energetischen Sanierungsmaßnahmen künftig einen zunächst 20-prozentigen Abzug von der Steuerschuld geltend machen können. Abzugsfähig sind etwa der Einbau klimafreundlicher Heizungen, moderner Fenster oder die Dämmung von Dächern und Außenwänden.

Ähnlich rückständig sieht es im Verkehrssektor aus. Hier erhöhten sich die Emissionen im vergangenen Jahr G20-weit um 1,2 Prozent. Bei den Pro-Kopf-Emissionen liegt Deutschland direkt hinter den großen Flächenstaaten USA, Kanada, Australien und Saudi-Arabien. Die ambitioniertesten Pläne für den öffentlichen Nahverkehr in Großstädten hat China: 30 Prozent aller Fahrten sollen dort schon 2020 mit Bus und Bahn zurückgelegt werden. Der diesjährige Report zeigt, dass es in allen relevanten Bereichen Vorreiter unter den G20-Staaten gibt, die den Wandel zur Emissionsfreiheit vorantreiben. "Allerdings geschieht das bisher nur in Teilbereichen und bezogen auf die gesamte G20 noch deutlich zu langsam", sagt Jan Burck von Germanwatch, einer der Autoren des Reports.

Ein zwiespältiges Bild bietet der **Energiesektor**: So stieg in den G20-Ländern die **Energieversorgung** aus grünen Quellen im vergangenen Jahr um fünf Prozent. Dennoch verharrt der Anteil der **Energien** aus fossilen Quellen wegen einer insgesamt steigenden Nachfrage bei 82 Prozent.

Die Unterschiede zwischen den G20-Staaten sind enorm: Während Brasilien mit seinen großen Anteilen aus Wasserkraft 82,5 Prozent seines Stroms aus Erneuerbaren gewinnt, sind es in Saudi-Arabien, Südkorea und Südafrika weniger als fünf Prozent. Indien ist laut Report das Land, das derzeit am meisten in **erneuerbare Energien** investiert. Ein Kohleausstiegsplan steht jedoch weiterhin aus - ebenso in Australien, China, Indonesien, Japan, Mexiko, Russland, Südafrika, der Türkei und den USA.

In Indonesien und der Türkei stiegen gar die Emissionen aus der Verbrennung von Kohle für die Stromproduktion.

/// Windkraftausbau stockt // .

Deutschland schneidet mit einem Anteil von 37 Prozent erneuerbarer **Energien** an der Stromproduktion im Jahr 2018 vergleichsweise gut ab. Doch vor allem der weitere Ausbau von Windkraft an Land ist massiv gefährdet. Die Industrie schlägt bereits Alarm. Beim norddeutschen Turbinenhersteller Enercon droht ein Abbau von 3 000 Stellen. Im ersten Halbjahr 2019 wurden in Deutschland so wenige Windräder gebaut wie seit fast 20 Jahren nicht mehr. Gerade einmal 86 Anlagen sind laut dem Bundesverband **Windenergie** (BWE) neu dazugekommen - ein Rückgang von 82 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Abzüglich der zurückgebauten Windräder schrumpfte der Neubau auf 35 Anlagen zusammen.

Die Grünen sprechen bereits von einem "Zusammenbruch der deutschen Windindustrie" und werfen der Bundesregierung eine "Anti-**Energiewende**-Politik" vor. Tausende Arbeitsplätze, die jetzt in der Windindustrie wegzufallen drohen, gingen vor allem auf das Konto von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Der habe zuletzt pauschale Abstände zu Windrädern in sein Maßnahmenpaket geschrieben, was "verheerende Auswirkungen" auf den Ausbau der **Windenergie** in Deutschland habe. Damit wiederum, warnt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), lahme das Zugpferd der **Energiewende**. Die Klimaziele seien erneut gefährdet.

Weltweit ist der Handlungsbedarf enorm - auch, um einen weiteren Anstieg der Schäden und Verluste durch den Klimawandel zu begrenzen. In den zehn Jahren zwischen 1998 und 2017 sind bei Extremwetterereignissen in den G20-Ländern pro Jahr durchschnittlich 16 000 Menschen ums Leben gekommen. Die wirtschaftlichen Schäden betrugen 142 Milliarden Dollar jährlich.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

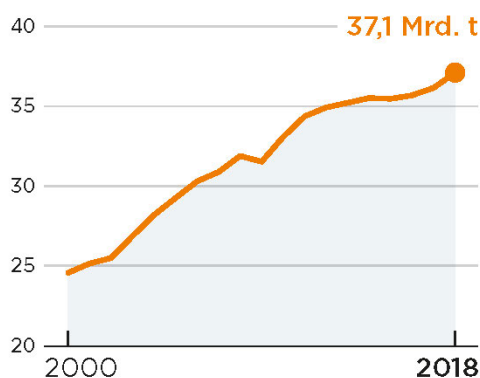
Klima: 3Grad wird die Erwärmung der Erde nach Ansicht von Wissenschaftlern betragen.

Quelle: Climate Transparency

Kersting, Silke

### Mehr statt weniger

CO<sub>2</sub>-Ausstoß  
weltweit in Mrd. Tonnen



2018 = Schätzung • **Quellen:** Global  
HANDELSBLATT Carbon Project, UBA

Handelsblatt Nr. 217 vom 11.11.2019  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@hnb.de](mailto:nutzungsrechte@hnb.de)

**Quelle:** Handelsblatt print: Nr. 217 vom 11.11.2019 Seite 012

**Ressort:** Wirtschaft & Politik

**Dokumentnummer:** 3D6B5AF4-A265-440B-B6F4-BB7D08619907

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/HB\\_3D6B5AF4-A265-440B-B6F4-BB7D08619907%7CHBPM\\_3D6B5AF4-A265-440B-B6F4-](https://www.wiso-net.de/document/HB_3D6B5AF4-A265-440B-B6F4-BB7D08619907%7CHBPM_3D6B5AF4-A265-440B-B6F4-)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

**GENIOS** © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH